



Migration und Rechtspopulismus

Die „Willkommenskultur“ hat fertig

von Georg Schuster**

„Wie leicht wäre es doch, wenn sich das Problem mit der AfD durch Geld lösen ließe.“ (FAZ)

Dieser Aufsatz gliedert sich in folgende sechs Abschnitte, von denen jeder auch für sich gelesen werden kann:

1. Ein Septembärmärchen – Dichtung und Wahrheit – S. 1
2. Was Befürworter der „Willkommenskultur“ gegen Fremdenfeindlichkeit einwenden – S. 5
3. Wie sich besorgte Publizisten den Rechtspopulismus erklären – S. 8
4. Was den Rechten zu sagen wäre – S. 12
5. Haben die Arbeiter ein Vaterland? - S. 15
6. Was in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist – S. 18

1. Ein Septembärmärchen – Dichtung und Wahrheit

Sichtlich beeindruckt präsentierte ein Politikwissenschaftler am Schluss seines Buchs, verfasst Ende 2015, was „ein 28-jähriger Web-Designer aus Syrien erklärt: ‚Germany – It’s the country of my dreams‘“¹. Noch im Mai 2016, bei Drucklegung seiner Zeilen, wusste ein So-

¹ Stefan Luft: Die Flüchtlingskrise, München 2016, S. 122

ziologe den leisen Stolz auf die empfundene ‚historische Umwälzung‘ seines Heimatlandes so in Worte zu fassen: *„Die herzlichen Begrüßungen im September 2015 waren Teil einer stillen Revolution. [...] Sie gaben den Flüchtlingen das deutliche Signal: Ihr seid jetzt in Sicherheit. [...] Dadurch] öffneten sich auch ein historisches Fenster für die Gesellschaft in Deutschland, nachhaltiger bei sich selber anzukommen.“*² Davor schon zeigte sich eine Fraktionsvorsitzende mit theologischem Hintergrund ebenso tief berührt: *„Wir erleben in Deutschland derzeit ein echtes Septembärmärchen. Wir sind plötzlich Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe. Und ich kann zum ersten Mal sagen, dass ich uneingeschränkt stolz auf mein Land bin.“*³ Auch ein Professoren-Ehepaar, zeitgleich zu Großeltern geworden, wagte einen hoffnungsfrohen Blick in die Zukunft: *„Es wird auf Jahre hinaus die normative Reputation Deutschlands erhöhen, dass die Bundesregierung [...] sich ihrer humanitären Verantwortung bewusst geblieben ist.“*⁴

Als sich nur zwei Jahre später eine maßgebliche und in Talkshows präsente Bundesministerin mit dem Vorwurf konfrontiert sieht, ihre Kanzlerin habe in Migrationsfragen Missmanagement betrieben, gibt sie der „Verantwortung der Bundesregierung“ eine aktualisierte und abschließend gemeinte Fassung: Es sei *„gelingen, den Flüchtlingsstrom nach Deutschland um 95 Prozent zu reduzieren“*⁵ Dem veröffentlichten Beamtendeutsch sind dann die näheren Umstände dieser neuerlichen Rekordleistung zu entnehmen: Masterplan Migration, Halbierung der Gesamtschutzquote, Anstieg der Ablehnungsquote und Verfahrenserledigung auf 70%, Entscheidungsbeschleunigung, Transitzentren, Zunahme der Rücknahmeabkommen und der sicheren Herkunftsländer, Fluchtursachenbekämpfung usw.⁶

Man hätte nicht gehört, dass den publizierenden und sonstigen Lobrednern des weltmeisterlichen Humanismus vom Herbst 2015 ihre Worte im Hals stecken geblieben wären. Da sie inzwischen wohl meinen, damals sei ein wenig zu viel des Guten getan worden – vor allem, weil über dieses „offene Fenster“ eine ungehörlich große Abteilung politisch falscher Fuffziger Einzug in die deutschen Parlamente gehalten hat –, wollen sie offenbar nicht mehr groß auf ihre Reden von gestern zurückkommen.

Deshalb soll an dieser Stelle die Gelegenheit nicht verpasst werden, kritischen Lesern eine Antwort auf ihre berechtigte Skepsis anzubieten, die im Rückblick auf vier Jahre ‚Flüchtlingskrise‘ an den Motiven der deutschen „Willkommenskultur“ zweifelt, ohne ihre wirklichen Beweggründe zu kennen. Der Autor hat hierzu, den zahlreichen Veröffentlichungen zum Trotz, nur wenig Brauchbares über die folgende ihm einleuchtende Erklärung hinaus

2 Ludger Pries: Migration und Ankommen, Frankfurt 2016, S. 7f.

3 Katrin Göring-Eckardt (Die Grünen) am 9.9.15 im Bundestag

4 Herfried und Marina Münkler: Die neuen Deutschen - Ein Land vor seiner Zukunft, Berlin 2016, S. 173

5 Ursula von der Leyen (CDU) am 1.11.18 bei „Maischberger“

6 Wer sich für die näheren Zahlen und Fakten interessiert: www.dgb.de/themen/++co++cb749344-b7fa-11e8-a560-52540088cada (Stand 31.8.18)

gefunden. Sie entstammt einer marxistischen Zeitschrift⁷ und wird nun kurz zitiert und kommentiert: *„Für eine Macht wie Deutschland ist [...] die Flüchtlingsfrage viel mehr als eine Bewährungsprobe für die moralische Qualität der Deutschen, nämlich ein Test auf die Macht ihres Staates, der europäischen und weiteren Staatenwelt seine Definition dieses weltweiten Problems und dessen Lösung aufzudrücken.“* Aktuell zeigt sich das auch am zu verabschiedenden UN-Migrationspakt, für den Deutschland – in expliziter Absetzung vom Ausstieg der USA und anderer – derzeit die Federführung übernommen hat⁸. *„Das gilt sogar für die Beteiligten eines Bürger- und Stellvertreterkriegs in Syrien.“* Die Behauptung mag zunächst überraschen, weil Deutschland in diesen Konflikt als militärische Macht nur am Rande eingemischt ist. Andererseits ist der durch massenweise Aufnahme syrischer Flüchtlinge erzeugte Handlungsdruck für eine gewaltmäÙig peripher aufgestellte, aber dennoch ambitionierte Nation gerade ein passender Hebel der Einmischung. Es kam ja nicht von ungefähr, dass Merkel mit Erdogan, Putin und Macron (und ohne Trump) Ende Oktober 2018 einen Syrien-Gipfel veranstaltete. *„Lokalen Kräften wie übergeordneten Sponsoren mutet Deutschland die interessante Sicht auf ihren Konflikt zu, dass es den Krieg nicht zu gewinnen, sondern zu beenden gilt – um der Opfer willen, aus denen Deutschland seine Verantwortung für den Frieden ableitet. Und das heißt nichts anderes als die Zuteilung von Rechten und Pflichten an andere Staaten in der grundsätzlichen Frage, um die es souveränen Gewaltsubjekten geht.“* Die Absicht Deutschlands, in dieser Oberliga der Staatenkonkurrenz mitzuspielen, ist unverkennbar: *„Ein Land, das ein Weltproblem definiert und dafür Verantwortung übernimmt, tut es nicht unter dem Anspruch an sich selbst, in diese Rolle gefälligst hineinzuwachsen.“* Und im Grunde ist auch das Verhältnis ersichtlich, in dem dieses Anliegen zu seiner humanitären und diplomatischen Legitimation steht: *„In Merkels Land geht eben keine Ecke des Imperialismus ohne einen ganz großen Rechtfertigungstitel, und zwar einen, der zur Größe der Macht passt, die sich auf ihn beruft.“*⁹ Gesagt, ist aber auch hier noch nicht getan: *„Ob die Macht von Merkels Land zur Durchsetzung der Ansprüche reicht, die es an die Welt in dem Maße stellt, wie die Flüchtlinge der Welt zu ihm strömen, ist eine andere Frage.“* Ende der Zitierung.

Die nationalistische Gegenwehr aus Ländern wie Ungarn, Polen, neuerdings Italien sowie die unerwarteten internen Querschläge der AfD haben Deutschland die entsprechenden

7 Es handelt sich um die politische Vierteljahreszeitschrift GEGENSTANDPUNKT 4-16, online unter <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/merkels-land-iii-deutsche-imperialismus>.

8 *„Die Unterzeichnung des Migrationspakts notfalls zu verschieben, wäre eine doppelte Führungsschwäche, die sich Deutschland nicht erlauben darf.“* (Norbert Röttgen, CDU, FAZ 19.11.18) Warum CDUler wie Jens Spahn eine Verschiebung ins Spiel bringen, hat Gründe, die dieser Aufsatz im Punkt 6 erläutert.

9 Das bestätigen auf ihre Weise sogar die zitierten Sozialwissenschaftler, wenn der eine *„die Art, wie die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten darauf reagierten, als ‚organisierte Nicht-Verantwortung durch Wegducken und Auf-Andere-Zeigen‘ charakterisier[t]“* (Ludger Pries, a.a.O. S. 24) und der andere moniert: *„Seit Jahrzehnten scheitern alle Versuche, in der Flüchtlingspolitik innerhalb der EU zu einer solidarischen Verantwortungs- und Lastenteilung zu kommen“* (Stefan Luft, a.a.O. S. 118). Nicht hören, wenn Deutschland ruft, ist offenbar so ungehörig wie unmoralisch.

Macht-Ambitionen zwar nicht ausgetrieben, zumindest aber eine Neusortierung derselben veranlasst. Für die ehemaligen Objekte der „Hilfsbereitschaft und Menschenliebe“ ist das „Septembermärchen“ damit zuständigerseits abgesagt, ohne dass sich an ihrer Masse und ihren Notlagen etwas geändert hätte. Mit ihnen lässt sich eben nach außen nicht mehr der beabsichtigte Einfluss nehmen, und nach innen gestaltet sich ihre Anwesenheit dysfunktional.

*

Noch zwei komplementäre Anmerkungen:

Über Migration als ‚Angriff des globalen Neoliberalismus auf die Arbeitslöhne‘ und die vorgeschlagene Verteidigung dagegen, an der sich u.a. die Linkspartei entzweit, wird im Punkt 5 noch zu reden sein. Hier soll nur zurückgewiesen werden, dass darin auch das Motiv der ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015 lag, wie ein linker Historiker mutmaßt: *„Angela Merkel [öffnete] unter aufmunternden Zurufen aus Unternehmer- und Kirchenkreisen im Hochsommer 2015 die Migrationsschleuse für Muslime aus dem Nahen Osten. Das Kapital hoffte auf billige Arbeitskräfte. [...] Die Not von Kriegsflüchtlingen wurde im europäischen Zentralraum der Wirtschaft zum Nutzen angeboten.“*¹⁰ Optimistische Unternehmerstimmen mögen dazu beigetragen haben, die eben genannten außenpolitischen Berechnungen mit einer Arbeitsmarkt-Maßnahme zu verwechseln. Dass nach Demontage der „Willkommenskultur“ ein neues Einwanderungsgesetz installiert wird, sollte den Unterschied aber hinreichend zeigen.

Das Asylrecht hat in Deutschland – *„aus humanitären und historischen Gründen“*, wie es heißt – insgesamt noch einen guten Ruf, den auch ein CSU-Ministerpräsident verteidigt sehen will¹¹. Kein Wunder, dass die Zuerkennung nach Art. 16a GG unter zwei Prozent liegt und derselbe Herr das Wort vom „Asyltourismus“ geprägt hat. Denn auch diese Variante von „Willkommenskultur“ hat einen staatlichen Zweck. Gedacht ist ein solches Recht in der BRD und anderswo stets als Einmischungstitel in die politischen Verhältnisse fremder und missliebiger Souveräne, denen es de facto die Hoheit über ihre Staatsbürger bestreitet und für diese eine eigene Zuständigkeit wahrnimmt. Dass dies zwischenstaatliche Gegensätze unterstellt bzw. eröffnet, merkt man zum einen am seinerzeitigen Willkommen gegenüber ‚Dissidenten‘ des Ostblocks, zum andern am Affront, der gegen die USA losgetreten wäre, sollte z.B. Deutschland dem *Whistleblower* Edward Snowden Asyl anbieten.¹²

10 Hannes Hofbauer: Kritik der Migration, Wien 2018, Vorwort

11 *„Für mich ist das individuelle Grundrecht auf Asyl unantastbar“*, sagte Söder der Welt am Sonntag vom 25.11.18.

12 Dass moderne Staaten z.B. anlässlich von Natur- und anderen Katastrophen auch karitative Leistungen erbringen, trifft einerseits zu. Andererseits werden selbst diese auf ihre Verwendung als außen- oder wirtschaftspolitische Hebel hin begutachtet und gegebenenfalls, siehe Trumps Kürzungen bei Programmen der UN, auch zurückgefahren.

2. Was Befürworter der „Willkommenskultur“ gegen Fremdenfeindlichkeit einwenden

Ihr störendes Moment hat die Ankunft bis dato im nationalen Verband nicht vorhandener Menschengruppen auch in der modernen Demokratie behalten. Auch wenn die jeweiligen deutschen Ureinwohner sukzessive an die polnischen Arbeitsmigranten vor dem ersten und die Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg, sodann an die Gastarbeiter im Wirtschaftswunder, die Spätaussiedler eines sich wandelnden Ostblocks und die Osis nach der Wende gewöhnt wurden – eine unaufgeregte Gewohnheit hat sich darüber bei den Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund nicht einstellen wollen. Da müssen publizistische Befürworter der Zuwanderung schon ihren volkswirtschaftlichen und sonstigen Sachverstand anstrengen, um dem anwesenden Volk und seinen populistischen Fürsprechern deren Sinn und Nutzen einsichtig zu machen.

*„Wenn [die deutsche Gesellschaft] ihre Position in der Weltwirtschaft und ihren Wohlstand im Inneren behalten will, ist sie auf Zuwanderung angewiesen, und es herrscht durchaus Konkurrenz mit anderen Gesellschaften um die Fähigsten und Leistungsstärksten.“*¹³ Solche gilt es offenbar auch aus den Kriegs- und Armutsflüchtlingen herauszufiltern, weil Deutschland sie für seine weitere Exportmeisterschaft eventuell brauchen kann. Dafür fallen unter Umständen sogar ein paar Brosamen für ‚Leistungsschwächere‘ ab: *„Der Wille, diese Tüchtigsten für sich zu gewinnen, schließt nicht aus, dass man aus humanitären Gründen in einer besonderen Notlage auch diejenigen aufnimmt, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in diese Gruppe gehören.“*¹⁴ Klar, das kostet ein gewisses Geld, aber *„man kann die für die Befähigung der Flüchtlinge anfallenden Kosten auch als Investition ansehen, die erforderlich ist, um die biologische [...] Reproduktion auf einen dem deutschen Arbeitsmarkt entsprechenden Stand zu bringen“*¹⁵. Außerdem erfahren die deutschen Couchpotatos eine weitere Hilfeleistung durch wendigere Fremdländer: *„In einer globalen Ökonomie, in der nur mithalten kann, wer dem Prozess der ‚Verfettung‘ nicht anheimfällt, sondern immer wieder innovativ ist, sind Fremde eine Chance zur Erneuerung.“*¹⁶ Der Präsident des Handelsverbandes resümiert und *„verwies auf den drohenden massiven Fachkräftemangel in Deutschland“*, dem mit Lohnerhöhungen, da wachstumsfeindlich, bekanntlich nicht beizukommen ist. *„Deshalb sollten wir alle dafür sorgen, dass Menschen aus anderen Ländern gerne zu uns kommen, um diese Lücken zu füllen.“*¹⁷ Und was gut für die Geschäfte in Deutschland ist, bekommt auch den Geschäften, die von Deutschland ausgehen und auswärtige Kaufkraft brauchen: *„Alle profitieren von der Wanderung (Triple-win-Situation). Das Zielland profitiert von der Arbeitskraft und den gezahlten Steuern, das Herkunftsland profitiert von den Geldtransferleistungen, und der Betroffene*

13 Herfried und Marina Münkler, a.a.O. S. 289

14 Ebd.

15 Ebd. S. 113

16 Ebd. S. 207

17 Josef Sanktjohanser laut Tagesschau vom 9.9.18

(Flüchtling, Migrant) hat eine neue Perspektive erhalten. [...] Eine Studie der Weltbank kommt zu dem Ergebnis, dass ‚Entwicklungshilfe durch Migration effektiver ist als Entwicklungshilfe zur Verhinderung von Migration.‘¹⁸ Am Ende schont das auch noch den deutschen Staatshaushalt.

In einem gewissen Kontrast zu den Stimmen, die den deutschen Wirtschaftserfolg daheim und weltweit als Rechtfertigung für Zuwanderung bemühen und diesen selbstredend mit dem Nutzen von ‚uns allen‘ bzw. ‚uns Deutschen‘ gleichsetzen, stehen einige Molltöne, die sie anschlagen, wenn es um ein paar Begleitumstände dieser Erfolgsgeschichte geht: *„In der politischen Debatte wird gerne unterschlagen, dass Europa mitverantwortlich für die Flüchtlingsströme ist. [...] Die westlichen Staaten sind mitverantwortlich für den Bürgerkrieg in Syrien und verdienen nach wie vor bei den Waffenexporten kräftig mit. Die klimatischen Veränderungen auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich auch darauf zurückführen, dass Europa in einem nie dagewesenen Luxus lebt.“¹⁹ „Man braucht keine blühende Fantasie, um zu erkennen, dass die westliche Politik den Nährboden für den Terrorismus im Nahen Osten mit bereitet hat.“²⁰ Die Misstimmung löst sich nach mehreren Seiten hin aber wieder auf. Denn der Hinweis auf die europäische und westliche Mitbeteiligung landet nicht bei einer näheren Kritik oder gar Kampfansage, sondern ergänzt die Liste der Rechtfertigungen für Migranten, wirbt um Verständnis für ihre von andern verschuldete Not. Zweitens bezieht die Anklage ‚uns alle‘ in die moralische Verantwortung ein, die wir durch Teilhabe an „einem nie dagewesenen Luxus“ tragen, von dem das versammelte Prekariat Europas ein Lied singen kann. Schließlich landet die Erwähnung von ‚Fluchtursachen‘ bei dem leicht widersprüchlichen Appell an die Staatenwelt, von der viele Übel dem kritischen Bekunden nach doch ausgehen sollen, dieselben zugleich durch eine ‚echte‘ Klima-, Entwicklungs- und Friedenspolitik zu beseitigen.*

Die zahlreichen Einwände und Ratgeber ‚gegen rechts‘, wie sie kirchliche, parteiverbundene oder gewerkschaftliche Organisationen erstellen, verbleiben in aller Regel in diesen Argumentationsmustern. Sie verteidigen und entschuldigen Flucht und Armutsmigration bevorzugt mit dem Nachweis, sie seien wirtschaftlich und sozial nützlich bzw. unschädlich, beruhen auf individuellem Unverschulden oder trafen auf unkorrekte Vorwürfe. Hierzu noch eine bezeichnende Sammlung respektiver Zitate²¹, die die xenophoben „Behauptungen“ mit „Tatsachen“ zurückweisen wollen:

18 Jürgen Holtkamp (Caritasverband): *Flüchtlinge und Asyl*, Kevelaer 2016, S. 76f.

19 Ebd. S. 73

20 Ebd. S. 163f. Ähnlich auch Stefan Luft: *„Die Folgen des Klimawandels, von Nahrungsunsicherheit und Terrorismus oder fragile Staaten [...] gehören zu den Fluchtursachen im beginnenden 21. Jahrhundert.“* (a.a.O. S. 117)

21 Die folgenden Zitate aus: www.proasyl.de, www.ini-migration.de, www.aktiv-gegen-diskriminierung.info

- *„Europa kann doch nicht die ganze Welt aufnehmen!“ vs. „Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge kommt in die EU.“ „86 Prozent verbleiben in krisennahen Regionen.“*
- *„Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen!“ vs. „Wir sind mitverantwortlich für Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben.“*
- *„Kommt einer, kommen alle!“ vs. „Familiennachzug ist eher die Ausnahme als die Regel.“*
- *„Asylbewerber kriegen mehr als Deutsche!“ vs. „Sozialleistungen erhalten grundsätzlich nur Menschen mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung. Asylbewerber_innen und Flüchtlinge erhalten 40 Euro Taschengeld im Monat.“ „Migrant_innen stützen mit ihren Steuerleistungen das Sozialsystem insgesamt deutlich stärker, als dass sie es belasten.“*
- *„Die nehmen uns die Arbeit weg!“ vs. „Asylsuchende dürfen während der ersten neun Monate gar nicht arbeiten.“ „Selbständige Ausländer_innen schaffen doppelt so viele Arbeitsplätze wie vergleichbare deutsche Existenzgründer_innen.“*
- *„Die Flüchtlinge nehmen uns die Wohnungen weg!“ vs. „Mit vernünftiger Planung können wir Wohnungsknappheit für alle vermeiden.“*
- *„Asylbewerber sind kriminell und gefährlich!“ vs. „Sie haben keine signifikant höhere Kriminalitätsrate.“*
- *„Die haben alle Smartphones!“ vs. „In der Regel nutzen sie kostenlose Apps, Flatrates oder freies W-LAN.“*
- *„Die deutsche Kultur geht zu Grunde, wir werden überfremdet!“ vs. „Vieles, was wir heute als typisch deutsch ansehen, ist durch andere Länder und Kulturen geprägt. Bier beispielsweise wurde auf dem Gebiet des heutigen Irak erfunden.“*

Man merkt den Rechtfertigungsreden allemal an, dass sie sich mit Argumenten ‚gegen rechts‘ schwertun, anders gesagt, dass sie den einschlägigen Urteilen nur in guter, also fremdenfreundlicher Absicht begegnen, sie der Sache nach aber nicht recht kritisieren können (dazu positiv mehr im Punkt 4). Was wäre denn, wenn die 86 Prozent nicht mehr alle „krisennah“ verbleiben wollten und dann mit Kind und Kegel anrückten, wenn MigrantInnen das Sozialsystem weniger stützen und eine höhere Kriminalitätsrate aufweisen würden? Die Verteidigung der Fremden vollzieht sich hier als Beschwichtigung der gehässig gewordenen Einheimischen, die deren Maßstäbe glatt stehen lässt und zeigen will, dass die Ausländer ihnen genügen.

Auch dort, wo dies den Befürwortern der „Willkommenskultur“ nicht so einfach erscheint, halten sie am Verfahren fest und appellieren an ein besseres Deutschland, das doch auch einen Rechten beeindrucken sollte: *„Menschenrechte zu beachten kostet etwas – und bringt uns etwas.“ „Flüchtlinge zu schützen ist nach zwei Weltkriegen nicht nur kulturelles Selbstverständ-*

nis in Europa, sondern auch eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung. Und diese Verpflichtung kann keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen.“ Die rechten Verweigerer trifft in Slogans und Aktionen wie „Chemnitz bleibt bunt“, „Berlin ist unteilbar“ oder „München hat ausgehetzt“ ein bezeichnender moralischer Zeigefinger: Wer als wahrhaft heimatverbunden und anständig gelten will, für den ziemt sich keine rechtspopulistische Fremdenfeindlichkeit. Der Spruch „Wir sind mehr!“ (u.a. Konzert-Motto in Chemnitz) fügt dann den lokalpatriotischen Parolen noch einen gedanklichen Schritt hinzu und stellt sich gleich der Konkurrenz um die Frage, wer hierzulande zu Recht „Wir sind das Volk!“ skandieren darf²² (und benutzt dazu wie selbstverständlich das Kriterium *Mehrheit*, als ob das – siehe die Rechtspopulisten an der Macht – nicht auch nach hinten losgehen könnte).

Und ausgerechnet darüber sollen die Freunde von AfD, Pegida & Co. oder wenigstens ihre Sympathisanten Richtung Mitte der Gesellschaft ins Grübeln kommen? In Sachen Volk und Heimat dürften sich die einen wie die anderen wenig vormachen lassen. Die Verteidigung „unserer deutschen Leitkultur“²³ ist etwas, was die einen bei den politischen Anführern vermissen und die anderen denselben zugutehalten. Beide mögen die unverschuldeten Notlagen von Flüchtlingen und Migranten unterschiedlich beurteilen, aber dass „wir nicht das Sozialamt für die ganze Welt“²⁴ sind oder sein können, dürfte vom rechten Rand bis in die demokratische Mitte ähnlich gesehen werden. Und dass „Kinder statt Inder“²⁵, sinnbildlich gesprochen, die bessere Lösung des angeblichen Arbeitskräftemangels darstellen, meinen auch beide gemeinsam.

3. Wie sich besorgte Publizisten den Rechtspopulismus erklären

Ein linker Autor, durchaus stellvertretend für ein breiteres Meinungsspektrum, fasst das Problem mit der rechtspopulistischen Hartnäckigkeit so zusammen: „Es ist Bestandteil der ‚Erfolgsbilanz‘ der AfD, dass sich fast alle politischen Kräfte der BRD deren chauvinistischer Position in der Flüchtlingsfrage angenähert haben. Die Hoffnung, den politischen Konkurrenten auf diese Weise zurückdrängen zu können, hat sich nicht erfüllt. [...] Was eine gesellschaftliche Linke am Aufstieg einer rechten Bewegung in der Bundesrepublik vorrangig interessieren muss, ist die Frage, warum so viele ‚sozial Schwache‘ zum Rechtspopulismus tendieren [genannt werden 36%], aber auch Gewerkschafter [nämlich 24%] bereit sind, bei Wahlen der AfD ihre Stimme zu geben.“²⁶ Das steht durchaus zu einer Klärung an. Bei der Beantwortung dieser Frage

22 Vgl. www.magazin-auswege.de/2018/10/wir-sind-das-volk-nein-wir

23 Populär gemacht im Oktober 2000 vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz, zuletzt im April 2017 am Beispiel des Händeschüttelns eingeklagt von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)

24 Horst Seehofer am Politischen Aschermittwoch 18.2.15

25 „Mit dem Wort, dass es richtiger ist, unsere Kinder an die Computer zu bekommen, statt jetzt Inder aus den Ländern der Dritten Welt hier zu uns zu holen, beschreibt man den Zustand richtig.“ (Jürgen Rüttgers, späterer NRW-Ministerpräsident, im Wahlkampf März 2000)

26 Werner Seppmann (Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung): Warum wählen Arbeiter die AfD?, junge Welt, 4./5.9.18

gibt es allerdings schief liegende politische oder akademische Ansätze, von denen zweieinhalb hier zu Sprache kommen und kritisiert werden sollen²⁷.

Der erste nimmt den falschen Weg ins menschliche Innenleben, womit der zitierte Autor leider gleich selbst anfängt: *„In Situationen sozialer Verunsicherung und Perspektivlosigkeit haben Menschen ein gesteigertes Bedürfnis nach ‚Welterklärungen‘. [...] Die rechte Gesinnung fungiert für die psychisch und mental Angegriffenen, wenn auch in pervertierter Form, [...] als individualpsychischer ‚Rettungsanker‘“*.²⁸ Einmal abgesehen davon, was hier „pervertiert“ und „mental angegriffen“ heißen soll, fragt es sich, warum die „Verunsicherten“ ausgerechnet diesen „psychischen Anker“ wählen. Sie könnten sich z.B. auch eine gelbe Weste²⁹ anziehen und ziemlich rabiat die Änderung staatlicher Maßnahmen verlangen, die Linkspartei wählen, zur SPD zurückkehren etc. Warum liegt für den Autor die „rechte Gesinnung“ als „Welterklärung“ eigentlich so nahe? Auch an andere psychoanalytische Deutungen des rechtspopulistischen Phänomens ist diese Frage zu stellen. *„Warum rechts so verlockend ist“*, erklären Leute vom Fach sehr inhaltsleer, dafür tautologisch so, dass *„vorsätzlich die grundlegenden Motivationen und Denkweisen von Menschen adressiert [werden], die tief in deren Persönlichkeit und Haltung verwurzelt sind“*³⁰. Kollegen sehen nähere Gründe der Xenophobie im defekten Eros, der, gleich der „sozialen Verunsicherung“, ebenfalls einen unerfindlichen, der Seelentiefe entstammenden Rechtsdrall erzeugen soll: *„Studie zeigt, AfD-Wähler sind liebesfrustriert: [...] Ihre Wut stamme nicht daher, dass ihnen Vertreter anderer Kulturen oder Flüchtlinge Unrecht angetan hätten, sondern aus ihren eigenen Beziehungsdefiziten, die sie aggressiv ausagierten.“*³¹ Nicht identisch, aber kompatibel dazu verläuft eine ‚Sündenbock-Theorie‘, die nicht (oder nicht in erster Linie) den Liebesfrust, sondern den gern so bezeichneten ‚Neoliberalismus‘ für eine angstgesteuerte psychische Wende nach rechts verantwortlich sieht³². Warum suchen sich die ‚Ängste‘ dann bloß so zielsicher die Fremden aus, um diese in Furcht

27 Ursprünglich war daran gedacht, zwei aktuelle Bücher zum Thema Rechtspopulismus in die Besprechung aufzunehmen: Wilhelm Heitmeyer: *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin 2018 sowie Philip Manow: *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018. Das erwies sich für diesen Aufsatz als zu umfangreich und wird vielleicht eigens nachgeliefert.

28 Ebd. Selbst ein Autor von noch weiter links, der es besser wissen könnte, kommt nicht umhin, die Psyche erklärend heranzuziehen: *„Der Schritt nach rechts ist mehr affektiv als argumentativ. Er hat eine objektive Grundlage, ist aber irrational. Sein Nutzen liegt auf der Triebebene.“* (Rüdiger Mats: *Wie soll die radikale Linke mit den Rechten und ihren Erfolgen umgehen?*, <https://ruediger-mats.jimdo.com/texte>) Das Diktum wird im Fortgang dann einigermaßen relativiert, steht aber erst mal so da.

29 http://lowerclassmag.com/2018/12/gelbwesten_giletsjaunes;
www.trend.infopartisan.net/trd1218/t241218.html

30 spektrum.de 15.9.16

31 merkur.de 14.9.17

32 So verstehen z.B. zumindest zwei Rezensenten ein neues Buch von Götz Eisenberg: *Zwischen Anarchismus und Populismus*, Gießen 2018. *„Der Rechtspopulismus organisiert und funktionalisiert die über den ökonomischen Prozess freigesetzten Ängste“*, zitiert hinter-den-schlagzeilen.de (9.11.18) und nachdenkseiten.de (11.12.18) referiert, *„ein Sündenbock und Feind sei sozialpsychologisch eine Notwendigkeit, um eigene Konflikte auf ihn abzuwälzen“*.

und Schrecken zu versetzen? Und wie so ziemlich alles Menschliche wird *„Rechtsextremismus in der Kindheit vorbereitet“*³³ – als ob die Erziehung determinierend wäre und nicht durch den Kopf der Heranwachsenden hindurchmüsste. Unter dem Titel *„Gründe für Zulauf der AfD: Reich und frustriert“* resümiert ein konservativer Redakteur dann so ungefähr das Gegenteil zur These von den „sozial Schwachen“, endet aber auch psychologisch: *„Viele Sozialwissenschaftler [meinen ...] für die Entstehung radikaler Strömungen werden wirtschaftliche Gründe bisher klar überschätzt“*, was ihn zu dem eingangs zitierten Seufzer veranlasst, dem Problem mit der AfD sei durch Geld nicht beizukommen. *„Ausschlaggebend seien vielmehr kulturhistorische, soziokulturelle oder sozialpsychologische Faktoren“*³⁴, die alles erklären ...

Die *Prätention* von Erklärung trägt sich auch in akademischen Sentenzen dieser Art vor: *„Das Vordringen neurechter Ideen bis in die Mitte der Gesellschaft [lässt sich] auch als eine Rebellion des Provinziellen gegen das Urbane verstehen. [...] Auf dem ‚Identitären‘ zu beharren, ist dann eine gleichsam physiologische Reaktion der Erschöpften und Ermatteten, die das Tempo der modernen Welt nicht mitgehen können oder wollen.“*³⁵ Wie darf man diese eher literarische Einlassung verstehen? Dass in Gestalt des „Neurechten“ nicht nur der arme bzw. reiche Frustrierte, sondern „auch“ der Landmann gegen den Städter aufmuckt? „Gleichsam“ körperlich, obwohl „ermattet“? Dass „das Urbane“ mehr den Provinzler „erschöpft“, der das großstädtische „Tempo nicht mitgeht“? Ist Chemnitz denn ein Dorf?

Ein gelernter Biologe³⁶ dringt zum Thema noch weiter ins Menschliche vor: *„Der Mensch bleibt dem Menschen ein Wolf“*, titelt er – und zwar nicht mit dem der Überschrift nach erwartbaren Resultat, die Xenophobie in unserer DNA tunlichst abzunicken, sondern eher in Sorge darum: *„Besondere Umstände können die archaische Angst vor Menschen, die irgendwie anders sind, wecken.“* *„Ihren Ursprung findet die gegenwärtige Entwicklung in zwei archaischen menschlichen Neigungen: Fremden zu misstrauen und dem Bedürfnis, sich in Gruppen zusammenzuschließen.“* *„Unter unseren Vorfahren haben diejenigen häufiger überlebt, die eher einmal zu oft als einmal zu wenig vorsichtig waren. Misstrauen gegenüber Fremden ist eine evolutionäre Anpassung.“* Aber so, wie der Mensch als Mitmensch ein Wolf, als Staats- bzw. ‚Gruppen‘-Mensch zugleich das glatte Gegenteil davon sein soll, hat die Evolution – wie auch immer – parallel zum Misstrauen die Vertrauensbildung gesetzt: *„Weltweit haben Menschen deshalb zum Beispiel Rituale entwickelt, die es Fremden leichter machen, Kontakt aufzunehmen.“* Kurz: Xenophobie ist so natürlich wie nur was, muss aber nicht sein, woraus die Aufgabe erwächst, den Wolf am Schlafen zu halten.

33 belltower.news 24.6.10

34 FAZ 17.9.18

35 Herfried und Martina Münkler, a.a.O. S. 205

36 Markus C. Schulte von Drach, SZ 19.11.18

Bei allen Unterschieden weisen solche Ursachenermittlungen, die keine sind, Identitäten auf. ‚Argumente gegen rechts‘ (vgl. Punkt 2 oder auch 4), die auf die *Ratio* setzen, wären gemäß der (Psycho-) Logik der „tiefen Wurzeln“ eigentlich nicht angezeigt, eher eine *Therapie* der verkorksten Rechten, die auf eine Überredung zu einem moderateren Umgang mit Fremden hinausläuft. Die zum Gutteil *herablassende* Analyse des Rechtspopulismus, die die *eigene* Innenwelt von den rechten Anfechtungen natürlich ausnimmt, besteht, anders gesagt, im Zerreden seines *politischen Charakters*. Denn nach einer Seite hin bleibt die rechte Radikalisierung den Analysten insofern ‚unverständlich‘, als sie das gewohnte politische und gesellschaftliche Getriebe *stört*, zu dem manche noch das Wirtschaftsleben, andere das Ansehen der Nation hinzunehmen. Was sie dagegen ‚verstehen‘, ist, dass soziales Missbehagen irgendwie zum ‚Nationalismus‘ tendieren kann – aber nicht als vaterländisches (Fehl-)Urteil des Bürgers, sondern als Ausfluss eines ‚autoritären Charakters‘ oder schlicht deshalb, weil die Kritiker auch nicht wüssten, wohin anders untertänige Unzufriedenheit sich wenden könnte als an Staat und Nation. Ihre Sorge dabei ist, dass dieser Verdruss der demokratischen Kontrolle entgleiten könnte.

Dazu passt, was ein bekannter Gewaltforscher³⁷ im Sinne vieler zu den sog. „einfachen Lösungen“ der Rechten mitteilt: *„Der autoritäre Nationalradikalismus operiert mit einfachen, zweiteiligen Gesellschaftsbildern. [...] Die Komplexität unserer Welt wird scharf reduziert.“* Es wäre zu klären, was an dem AfD-Spruch *„Wir holen uns unser Land und Volk zurück“* „einfach“ sein soll. Ist das eine etwa abgedriftet und das andere abgewandert? Dass Land und Leute von Ausländern gestohlen wurden und zurückkehren, wenn dieselben rausgeflogen sind, ist doch ein durchaus „komplexer“ Gedanke. Umgekehrt wäre zu fragen, was an „einfachen Lösungen“ wie *„Wir schaffen das“*, *„Wir haben die Kraft“* (NRW-CDU) oder *„Die Zukunft braucht neue Ideen“* (SPD) „der Komplexität unserer Welt“ gerechter wird.

Eine weitere Abteilung der kritischen Antworten auf den Erfolg von AfD & Co. widmet sich dann doch seiner politischen Seite – und entdeckt im Rechten den verhinderten Linken. Historisches Muster dafür ist der *„Sozialismus des dummen Kerls“*, als welchen sozialdemokratische Kreise des späten 19. Jahrhunderts die grassierende Judenfeindschaft auffassten: *„Mehr und mehr bedrängt von der zermalmenden Wucht des Großkapitals rebelliert das Kleinbürgertum gegen diesen seinen Dränger und Feind, aber gegen einen Teil statt gegen das Ganze, gegen Personen statt gegen das System: Gegen die Juden statt gegen den Kapitalismus, und eben deshalb ist der Antisemitismus der Sozialismus des dummen Kerls.“*³⁸ Ein elitäres Verständnis für die inkriminierte Sache ist einer solchen Betrachtungsweise durchaus zu entnehmen, denn ohne ein solches wäre es erneut unerfindlich, warum sich der gemeine Mann der Kaiserzeit ausgerechnet auf dem anti-jüdischen Umweg ausgerechnet dem Sozialismus

37 Wilhelm Heitmeyer zum *„wachsenden Autoritarismus“*, SZ 15.11.18

38 Hamburger Echo (der SPD) 1.12.1892

annähern soll. Ähnlich verständnisheischend zeigt sich eine aktuelle Theorie zum Populismus von rechts, die ihm mit einem von links begegnen will: *“In recent years, various resistance movements have emerged. They embody [...] a ‘countermovement’, by which society reacts against the process of marketisation and pushes for social protection [which] could take progressive or regressive forms. [...] The only way to fight rightwing populism is to give a progressive answer to the demands they are expressing in a xenophobic language. This means recognising the existence of a democratic nucleus in those demands.”*³⁹ *“Those who lack a vocabulary to formulate what are, at core, genuine grievances”*, werden mit den „dummen Kerls“ von damals ziemlich ähnlich gemacht. Und ihnen „ernst gemeinte Besorgnisse“ zu unterstellen, will einfach nicht ernst nehmen, in welcher giftigen und brachialen Gestalt dieselben daher kommen. Die Parolen, Aufmärsche und Taten – lauter *„symbolische‘ Akte, [...] die man, ,so widersprüchlich es klingen mag, zumindest teilweise als eine Art politischer Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss“*⁴⁰?

4. Was den Rechten zu sagen wäre

Vielleicht ist es an der Zeit, sich so einen ‚genuinen *push for social protection* in der wortarmen Sprache der unteren Schichten‘ einmal näher anzuschauen und zu prüfen, was man dazu anstelle besorgter Interpretationen zu sagen hätte – uns zwar zum rechten Prekariar, zu seiner mittelständischen Version mit ‚Abstiegsangst‘ und zu ihrem öffentlichen Anwalt in gleicher Weise. Nicht dass die Rechten Diskurspartner der Wahl wären, eher im Gegenteil, aber wenn schon Argumente, dann wenigstens richtige, also solche, die die vaterländischen Sprüche als politische Urteile kritisieren. Ein solcher wäre *„Geld für die Oma statt für Sinti und Roma!“*⁴¹, eine gereimte, metaphorische und mit Absicht ‚politisch unkorrekte‘ Fassung des verbreiteten Vorwurfs, die Migranten würden ‚unsere Sozialsysteme‘ unterwandern und plündern. Er behandelt zunächst und sachlich falsch zwei oder mehrere inkommensurable als voneinander abhängige Größen. Rentenzahlungen und die modernen Formen der Armenpflege haben ihren jeweils spezifischen Zweck, ihre eigene staatliche Organisationsform und Kasse. Erstere verdanken sich der Tatsache, dass ein normaler Arbeitslohn ohne staatliche Dazwischenkunft keine Vorsorge für das Alter hergibt, letztere belegen, dass selbst so ein Lohneinkommen für viele unerreichbar ist. Berechtigungen zum Bezug der jeweiligen Zahlungen sind detailliert geregelt und limitiert; von Plündern zu reden, ist da abwegig. Es trifft also schlicht nicht zu, dass Sozialleistungen z.B. an rumänische Staatsbürger im Rahmen der europäischen Freizügigkeit aus dem Topf für deutsche Rentenbezieher entnommen würden. Auch wurde die Lebensarbeitszeit – begleitet von üblichem folgenlosem Murren –

39 Chantal Mouffe (professor at the University of Westminster): *Populists are on the rise but this can be a moment for progressives too*, Guardian 10.9.18

40 Werner Seppmann, a.a.O., der hier zur Frage, warum Arbeiter AfD wählen, zustimmend den französischen Philosophen Didier Eribon zitiert.

41 Aus der Plakatserie der NPD „Heimat verteidigen“

nicht seit 2012 verlängert, weil 2015 so viele Flüchtlinge kamen. Das kann jeder Rechte im Übrigen in der Zeitung lesen, und er weiß letztlich selbst, dass die Plausibilität seiner Beschwerde nicht ihrer Faktizität entstammt. Er imaginiert sich vielmehr die Sozialsysteme als Gemeinschaftskasse zu dem Zweck, einen ausschließenden Anspruch der Deutschen darauf zu erheben.

Und auch bei der Idee vom gemeinsamen Topf ist dem Rechten nicht unbekannt, was für eine stammtischmäßige Streiterei hier normalerweise unter seinen Landsleuten unterwegs ist. Der Sozialstaat hat die gesetzliche Altersversorgung schließlich als eine Konkurrenz zwischen Jung und Alt um zwangsweise erhobene Beiträge und schmal bemessene Leistungen organisiert, sodass die einen dauernd klagen, sie müssten zu viel dafür zahlen, und die anderen, sie würden zu wenig davon bekommen. Nur im Verhältnis zu Ausländern wird dieser objektive Gegensatz mit seinen subjektiven Querelen zum Gemeinschaftsprojekt veredelt und gewinnt seine Schönheit folgerichtig nicht durch die Forderung nach besseren Renten, sondern durch die eingeklagte Schlechterstellung der beschuldigten Fremden. Die „genuine Besorgnis“ ist also ein nationalistisches Abstandsgebot, eine schäbige, gemeine und insofern bezeichnende Idealisierung der Abhängigkeit, in der ein Untertan in den Verhältnissen steht, die ihm seine Herrschaft eingebracht hat. Die unterschreibt und bekräftigt er, indem er sie ausländerfeindlich politisiert und in ihrem Namen frech wird.

Die rechtsgestrickte Logik wiederholt sich in der Forderung nach Arbeitsplätzen oder Mietwohnungen, bei denen ‚Deutsche‘ den Vortritt oder das Monopol haben sollen. Auch hier wissen die Klageführer, dass alle Montagehallen, Büros oder Wohnräume einen gesetzlich klar definierten Eigentümer haben, der sie nach Bedarf als Lohnempfänger benutzt oder nach Lage als Mietzahler behaut. Dabei ist ebenso klar, dass nicht jeder Arbeitnehmer einen -geber findet oder dass die Bereitschaft, ein Drittel und mehr des Einkommens für Miete auszugeben, noch kein Dach über dem Kopf verbürgt, dass viele sich die Mieten dort nicht leisten können, wo sie ihr Geld dafür verdienen müssen usw. Es handelt sich eben nicht um ein ‚kollektives‘ ‚deutsches‘, sondern um ein exklusives und in der Regel privates Eigentum, das die Lebensbedingungen von Lohnabhängigen mit und ohne Arbeitsstelle bestimmt. Um dessen verschiedene Weisen, sich als Produktiv- oder Immobilien-Kapital an ihnen zu bereichern, müssen sie gegeneinander konkurrieren. Auch diese Schönheiten akzeptieren die Rechten als ‚die Realität‘, als den Lebensraum ihrer Bewährung – mit einer Einschränkung: Das armselige Recht auf Konkurrenz wollen sie für ihresgleichen reserviert sehen. Dann können sie dem unternehmerischen Druck auf die Löhne ‚wie früher‘ – wann immer das gewesen sein soll – ganz unter sich nachkommen und ihren Wirtshausstreit darüber austragen, wer mehr verdient, als er verdient, sich eine Gunst des Vorgesetzten erschleimt oder bei der Beförderung vorgedrängt hat. Dann sind es auch statt zwei Dutzend ‚gemischtländische‘ nur noch 21 ‚rein deutsche‘ Bewerber, die beim Besichtigungstermin die Ellenbogen spre-

zen, um eine Einheit ihres Gemeinschaftswerks Wohnen zu ergattern. Dann haben sie sich offenbar ihr Land zurückgeholt.

Wenn Rechte behaupten und beweisen wollen „*Flüchtlinge [seien] deutlich krimineller als Durchschnittsdeutsche*“⁴², folgen sie gleichfalls ihrem nationalisierten Verstand. Sie würden es empört zurückweisen, wollte jemand ermitteln, welcher Anteil an Beziehungs- oder Sexualdelikten z.B. auf Rheinländer oder Protestanten entfällt, um dann die Diskriminierung der Gruppe und die Abschiebung der Delinquenten zu fordern. Im Verhältnis zu ‚Ausländern‘ verlieren die Straftaten ihre Besonderheiten, und die Eifersuchtstat eines afghanischen Asylanten wird zum ‚Verbrechen gegen uns Deutsche‘, das auf den ausländischen Menschentyp zurückgeführt wird und eine Kollektivschuld begründet.

Was die rechtspopulistische Gesamtklage angeht, wonach *die Deutschen sich nichts leisten können und die Ausländer alles kriegen*⁴³, so sei erstens auf den Volkssport verwiesen, andauernd auch Landsleute zu identifizieren, die angeblich in der sozialen Hängematte liegen und sich Sozialleistungen erschleichen, zweitens auf den Teil der Deutschen, die sich über Steuergeschenke, Subventionen u.Ä. nicht beklagen können. Drittens aber und im Fall, die Beschwerdeführer hätten Recht, würden sie bei Merkels „*Volksaustausch*“⁴⁴ Fremder gegen Deutsche, den sie auch beklagen, eventuell so schlecht nicht fahren, wenn sie danach „alles kriegen“ ...

*

Das imaginierte und lärmend eingeklagte Vorrecht der Deutschen im marktwirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb und überhaupt wird dann auch noch pampig gegen etablierte Politiker und Medien. Denn die tragen – in weiterer Ausgestaltung der Legende von der nationalen Heimstatt (und im Anwurf reziprok zu seiner Begründung) – vornehmlich die Schuld daran, dass Deutschland (wie immer das auch gehen soll) sich abschafft. Altparteien trifft der Vorwurf, mit ihrer Willkommenskultur den Deutschen (als ob man das könnte) die Heimat zu rauben und diese umzuwolken (s.o.). In einer verfädelten Fassung kennen Rechtspopulisten den globalen Kapitalismus als Spielfeld vaterlandsloser Verschiebung des Volksvermögens⁴⁵ (obwohl sie die wirklichen Berechnungen von Staat und Wirtschaft, den Exportstandort Deutschland betreffend, in der Zeitung nachlesen können). Auf die Täuschungsabsichten der Lügenpresse, die mit den undeutschen Machenschaften im Bunde steht, fallen sie aber nicht mehr herein und bevorzugen die Leitmedien ihrer Filterblase. Insofern frisst sich der politische Diskurs mit ihnen leicht fest.

42 AfD-Politiker Martin Hess, Junge Freiheit 13.6.18

43 „*Wir können uns nicht einmal ein Stück Kleidung leisten und die bekommen alles*“, ärgert sich Karin Ohse aus Milow in Brandenburg über Flüchtlinge.“ (Märkische Allgemeine 14.2.17)

44 Jürgen Elsässer: „*Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität.*“ (compact-online 22.7.18)

45 „*Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens nicht von oben nach unten, nicht von Jung nach Alt, sondern von innen nach außen.*“ (Björn Höcke, AfD Thüringen, lt. Monitor 2.6.16)

5. Haben die Arbeiter ein Vaterland?

Zwei frühe Theoretiker der Arbeiterbewegung meinten noch, nein, als ihnen als „*Kommunisten vorgeworfen [wurde], sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen*“, und sie erwiderten, man könne den Arbeitern „*nicht nehmen, was sie nicht haben*“⁴⁶. Eine heutige Expertin für Arbeiterfragen betont dagegen in ihrer „*linken Antwort zur Regulierung der Migration*“, „*der häufig kritisierte Satz ‚Sozial geht nur national‘ [sei] in erster Linie eine empirische Tatsache*“⁴⁷. Sie bezog damit Stellung in einem Streit, der inzwischen über die Linkspartei und Teile der Grünen hinausreicht und „*das ehemals ‚links‘ genannte Lager tief gespalten [hat ...] – in globalistische Anhänger der Open-Border-Philosophie einerseits und Bewahrer des National- und damit des Sozialstaats andererseits*“⁴⁸.

Wo die einen ‚Idealisten‘ bleiben, sind die anderen unterwegs zu einem *Realismus* eigener Art. Er anerkennt die „*empirische Tatsache*“ einer staatlich verwalteten Eigentumsordnung, die alle zu Konkurrenten macht, die darin ihr Leben fristen und von denen sich ein Teil auch mit Flucht und Armutsmigration konfrontiert sieht. „*Wir haben heute einen großen Niedriglohnsektor mit Leiharbeit, Dauerbefristungen, Minijobs. Viele Flüchtlinge werden gerade in diesem Sektor Arbeit suchen und verstärken damit den Druck auf die Löhne. Ähnlich ist es bei den Wohnungen. Da suchen die Flüchtlinge vor allem in jenen Stadtvierteln, in denen die ohnehin schon Ärmeren leben.*“⁴⁹ Wenn man noch einmal betont, dass sich hier je nach Lage Konkurrenzsituationen „*verstärken*“, die „*ohnehin schon*“ da sind, wird es ungefähr so sein, wie es die Gründerin der Bewegung „*Aufstehen*“ beschreibt. Ihre Ursachenbestimmung, dies sei „*die Folge einer Politik, die den Arbeitsmarkt dereguliert und den sozialen Wohnungsbau weitgehend eingestellt hat*“⁵⁰, sowie die Ergänzung ihres Mitstreiters, „*dass der Ruf nach offenen Grenzen eine zentrale Forderung des Neoliberalismus [sei] und der freizügige Personenverkehr ebenso im Unternehmer-Interesse [liege] wie der grenzenlose Kapitalverkehr und der Freihandel*“⁵¹, sind aber mit Vorsicht zu genießen.

Denn erstens waren die rot-grünen Hartz-IV-Reformen keine „*Deregulierung*“ im Sinne eines staatlichen Heraushaltens, sondern eine aktive und wachstumsfreundliche Neuregulierung des Arbeitsmarkts. Zweitens ist mit dem Vorwurf „*Neoliberalismus*“ fast immer konnotiert, dass finanzkapitalistische Interessen Einfluss im Staat gewinnen, der ohne sie sozia-

46 Marx und Engels: Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 479. Nicht, dass Arbeiter keinen Pass und keine Obrigkeit gehabt hätten, gemeint war die Feindlichkeit der Nation gegenüber ihren Interessen.

47 Anke Hassel (Hans-Böckler-Stiftung): *Die linke Antwort: Migration regulieren*, Blätter für deutsche und internationale Politik 10/18. Mit dem Satz aus dem „*Manifest*“, „*indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern [...] muss, ist es selbst noch national*“ (a.a.O.), ist das wahrlich nicht zu verwechseln. Die Proletarier aller Länder sollten sich ja vereinigen.

48 Tobias Riegel, Nachdenkseiten.de, 26.11.18

49 Sahra Wagenknecht, FAS 2.10.16

50 Ebd.

51 Oskar Lafontaine, SZ 17.2.17

ler handeln würde – statt festzuhalten, wie bürgerliche Gesetzgeber als ideelle Gesamtkapitalisten ihre Unternehmerschaft zu immer mehr Wachstum ermächtigen und dabei nach Kräften unterstützen, weil davon die ganze Gesellschaft abhängig ist. Dafür sind drittens „Personen- und Kapitalverkehr“ einerseits freigesetzt, werden aber andererseits (z.B. nach der Weise des Herrn Trump) auch eingeschränkt, wenn der Staat den bezweckten Erfolg daraus vermisst und Abhilfe herbeiregieren will. Überdies leisten sich die beiden Repräsentanten der Linkspartei den kleinen Widerspruch, dass sie eine nach eigenen Worten arbeitnehmer- und mieterfeindliche Politik mit dem glatten Gegenteil beauftragen wollen: *„Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sie vor Dumpingkonkurrenz schützt.“*⁵² Wenn das allerdings auch ihre ‚linke Antwort auf Migration‘ ist, liegen sie gleichauf mit der zitierten Expertin, der zufolge „sozial nur national geht“, was offenbar auch eine gewerkschaftliche Sicht der Dinge ist: *„Bei der Zuwanderung von Fachkräften steht die Politik in der Verantwortung, Konkurrenzen und Unterbietung am Arbeitsmarkt zu verhindern.“*⁵³ Die Aufgabe von Gewerkschaften, nämlich die den Lohn senkende Konkurrenz der Arbeiter, gleich ob in- oder ausländisch, immer wieder zu unterbrechen, ist in diesem Fall an den Staat delegiert, während die Arbeitervertretung *„sich gemeinsam mit den Sozialpartnern anschauen [muss], wo und in welchen Branchen es einen Fachkräfteengpass gibt“*⁵⁴, wo der nationale Arbeitsmarkt also zu öffnen bzw. zu schließen ist.

Das Bezeichnende dieser Positionen ist, dass sie vom globalen Kapitalismus reden, also um ihn wissen – aber als ‚die Realität‘, der ‚nun einmal‘ Rechnung zu tragen ist, will man nicht „weltfremd“ in der Gegend herumlaufen: *„Wenn wir über offene Grenzen für alle reden, dann ist es eine Forderung, die die meisten Leute als völlig unreal und weltfremd empfinden und damit ja auch recht haben.“*⁵⁵ *„Es gibt ein fundamentales Missverhältnis von politischer Wünschbarkeit und Machbarkeit beim Thema Migration.“*⁵⁶ „Machbarkeit“ beginnt auf der „real“, also positiv genommenen Grundlage des kapitalistischen Ladens und seiner herrschaftlichen Verwaltung. Weil die Zuwanderung unter diesen Verhältnissen Löhne drückt und Mietpreise steigert, muss der Staat durch „Aufstehen“ oder sonstwie dahin gebracht werden, regulierend einzugreifen. Und weil diese ‚soziale Tat‘ einen ‚nationalen Bezugsrahmen‘ hat, wird das Vaterland – aller negativer Erfahrungen zum Trotz – zur Mutter des Sozialstaats. In dieser verfremdeten Form verstehen sich offenbar auch Linke als Anwälte und Bewahrer der Nation, gewinnen Grenzkontrollen und Zurückweisungen arbeiterfreundliche Qualitäten, gelten Einreisestopps dann als Entwicklungshilfe, wenn sie den *Brain Drain* unterbinden⁵⁷,

52 Sahra Wagenknecht, Welt 11.5.18

53 Pressemitteilung des DGB vom 20.11.18

54 Ebd.

55 Sahra Wagenknecht, a.a.O.

56 Anke Hassel, a.a.O.

57 Oskar Lafontaine: *„Neben den Rohstoffen stehlen wir den armen Ländern jetzt auch noch die Menschen, die gut ausgebildet sind und dort dringend gebraucht würden.“* (nachdenkseiten.de 30.11.18) oder Hannes Hofbauer (vgl. Fußnote 10): *„Die Herkunftsländer der Menschen, die ihre Heimat aufgrund der Hoffnung auf ein besseres Leben verlassen, werden regelrecht ausgesaugt, weil sie die jungen, flexiblen Arbeitskräfte an andere Länder*

werden verbliebene Befürworter der „Willkommenskultur“ zu Wasserträgern des Neoliberalismus aufgeblasen usw. Der schon zitierte linke Historiker erküht sich darüber zu der Aussage, *„dass die Regierung in Wien ‚aus falschen Gründen das Richtige gemacht‘ hat, als sie erklärte, den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnen zu wollen“*⁵⁸. Dem scheinen die Zuwanderer persönlich unter den Nägeln zu brennen.

Die inner- und außerhalb der Linkspartei noch vorhandenen „Anhänger der Open-Border-Philosophie“ (s.o.) bemerken den national-patriotischen Schlag ihrer Opponenten, mögen ihn nicht, wissen ihm aber wenig entgegenzusetzen. *„Wenn wir über Grenzen diskutieren, dann nicht, wie wir sie schließen oder geschlossen halten, sondern wie wir die Grenzen demokratisieren können“*⁵⁹, heißt ein schwacher Versuch, das eigene Anliegen als ein gemeinschaftliches zu begründen – heute noch nicht, aber vielleicht *dereinst*: *„Das Leitbild der offenen Grenzen in einer friedlichen und solidarischen Welt ist eine Zukunftsvision, die wir anstreben. Gegenwärtig sind die Bedingungen dafür jedoch nicht gegeben.“*⁶⁰

Könnte man, wenn man schon merkt, wie wenig man „gegenwärtig“ in Sachen „friedlicher und solidarischer Welt“ zu melden hat, sich nicht einfach dazu entschließen, die Kritik an den herrschenden Zuständen zusammenzutragen und zu verbreiten? Anders gefragt: Muss man sich mit *„realistischen Zwischen- und Übergangslösungen, die uns diesem Ziel näherbringen“*⁶¹ beständig zum ideellen Mitregenten machen, der das nationale oder europäische Grenzregime im Geiste mitbestimmt? Wenn ja, dann sind auch solche Phantomdebatten konsequent wie die, ob das *„Steuer- und Finanzkonzept der LINKEN (Millionärsteuer, Finanztransaktionssteuer etc.) [mit] Mehreinnahmen in Höhe von rund 180 Milliarden Euro“*⁶² für eine Open-Border-Politik ausreichen würde oder wie die *„wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien exportiert“* und von internationalen Organisationen (genannt war das Beispiel IWF) übernommen werden könnten, sollten die Flüchtlingsmassen der Sozialabteilung der Nationalstaaten gefährlich werden⁶³.

verlieren.“ (nachdenkseiten.de 1.11.18) Will die seltsame Redeweise von den „armen“, „regelrecht ausgesaugten Ländern“ denn sagen, junge Arbeitsfähige sollten sich in die heimischen Elendsverhältnisse mit ihren Profiteuren und Potentaten dreinfinden und einbringen?

58 Hannes Hofbauer (vgl. Fußnote 10), Sputnik 19.11.18. Vielleicht noch Folgendes: *„In der Geschichte der Arbeiterbewegung gab es immer wieder Gewerkschaften, die explizit gegen Einwanderer waren. Die ‚Knights of Labor‘, eine der ersten US-Gewerkschaften, kämpften zum Teil äußerst militant gegen chinesische Einwanderer, die Ende des 19. Jahrhunderts beim Eisenbahnbau Arbeit fanden. Dabei spielte eine Rolle, dass viele der Gewerkschafter die Chinesen als minderwertige Rasse betrachteten. Im Kern war ihr Verhalten jedoch ökonomisch begründet. Sie fürchteten die ‚Lohn- und Wohnungskonkurrenz‘ der Einwanderer.“* (SZ 17.2.17) Was hier „ökonomisch“ ist und was nicht, wird in Punkt 4 angesprochen. Die beiden linken Migrationsgegner (s. Fußnote 57) wären jedenfalls zu fragen, ob sie die chinesischen Emigranten von damals auch gerne als „dringend gebrauchte Arbeitskräfte“ „nach Hause“ zurückgeschickt oder dortbehalten hätten. Von wegen *„Proletarier aller Länder ...“*.

59 Katja Kipping, Welt 17.11.18

60 die-linke.de/disput

61 Ebd.

62 Hans Thie (Wirtschaftsreferent der Linkspartei), die-linke.de/disput

6. Was in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist

Wie man sieht, sind nicht nur die Rechtspopulisten in die Mitte der Gesellschaft vorgestoßen, sondern tendenziell auch ein paar Linke dahin unterwegs. Was die Rechten betrifft, so hört man immer wieder die Meinung, ihr Erfolg bestehe auch darin, dass die ‚Altparteien‘ aus wahltaktischen Gründen die einschlägigen Sprüche und Ansichten übernommen hätten. Das tut den gemeinten Christ- oder Sozialdemokraten einigermaßen Unrecht. Die CSU zum Beispiel hat sich anlässlich ungünstiger Prognosen vor der Bayernwahl im Herbst 2018 wegen der wenig wählerwirksamen Asyl-Streiterei mit der Schwesterpartei in der Wortwahl zwar gemäßigt⁶⁴, besteht aber ohne Abstriche auf einem schroffen Ende der „Willkommenskultur“. Die SPD-Bürgermeister von Duisburg und Fürth, die zeitgleich die Kindergeldzahlungen an osteuropäische Sinti und Roma skandalisierten⁶⁵, haben ihre Motive dafür nicht von der AfD geborgt. Überdies zeigt der Umgang der Volksparteien mit ihren rechtspopulistischen Konkurrenten, wie viel Wert sie auf Bloßstellung und Ausgrenzung legen. Da ihnen das in Sachen Ausländerfeindschaft offenbar nicht leichtfällt, nimmt ihre Streitkultur inszenierte Formen an, zieht die Rechten der Beschädigung des nationalen Ansehens, bemüht den Verfassungsschutz und ist froh, wenn endlich unsaubere Parteispenden gefunden werden.

Das, was als „Rechtsruck in Deutschland und Europa“ bezeichnet wird, muss schon seine Grundlage im politischen Mainstream haben, damit der Rechtspopulismus flächendeckend in die Parlamente einziehen kann. In dieser Mitte vermischen sich Bemühungen um die Korrektur des nationalen Selbstbewusstseins, das sich seit Nachkriegszeit und Kaltem Krieg ausgebildet hat, mit solchen, die direkter auf die Staatsräson, genauer auf den deutschen Bündnisnationalismus abzielen. Hierzu eine Erläuterung (die der Autor in einem anderen Kontext verfasst hat⁶⁶): „Das deutsche Wirtschaftswunder beruhte auf der alliierten Konzession an den neugewonnenen Partner, seine Wirtschaftskraft in einer europäischen Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt zu stärken – auch, um diese ökonomische Potenz für eine sicherheitspolitische Rolle nutzbar zu machen. Westdeutschland war nun einmal der Frontstaat zu einem Kordon pro-sowjetischer Territorien. Er musste also zügig in ein Bündnis namens NATO aufgenommen und mit den Feinden von zehn Jahren zuvor versöhnt werden. In dieser Konstellation machte Deutschland nicht nur gute Geschäfte, sondern bald auch wie-

63 So Naika Foroutan (Dt. Zentrum f. Migrationsforschung) auf der Berliner Konferenz „*Welche Linke wollen wir?*“ vom 25.11.18

64 „*Wenn es jemanden verletzen sollte, will Markus Söder das Wort ‚Asyltourismus‘ künftig nicht mehr verwenden. Die Entscheidung falle aber unabhängig von seiner persönlichen Wertung des Begriffs. Wichtiger sei, dass Wortdebatten sinnvolle Sachfragen nicht verhindern dürften.*“ (FAZ 11.7.18)

65 „*Sozialbetrug: Immer mehr Kindergeld ins Ausland – OB schlägt Alarm*“, NRZ 9.8.18

66 Das Zitat stammt aus dem AUSWEGE-Aufsatz zum sog. japanischen Schulbuchstreit: www.magazin-auswege.de/2014/05/geschichte-wird-gemacht-teil-2

der – Außenpolitik. So wurde für deutsche Entscheidungsträger und ihre Wähler ersichtlich, dass diese neue Einordnung in ein Bündnis mächtiger Nationen, obwohl sie auch eine Unterordnung mit sich brachte, die unvergleichliche Alternative zu zurückliegenden und katastrophalen Alleingängen darstellt. Die von den westlichen Siegern des zweiten Weltkriegs geforderte radikale Absage an ein Kapitel nationaler Geschichte und die Übernahme ihrer Deutungen von Schuld und Verantwortung wurde in einen auf breitem Konsens beruhenden Bestandteil des nationalen ‚Narrativs‘ überführt. Das Foto vom Kniefall Willy Brandts 1970 in Warschau erhielt als Ikone staatsmännischer Größe seinen Platz in den Geschichtsbüchern. [...] Dass ‚die Lehren der Geschichte‘ nicht für deutsche Zurückhaltung, sondern umgekehrt für eine Teilhabe an der internationalen Ordnungstiftung sprechen, wurde z.B. von der damaligen rot-grünen Bundesregierung anlässlich der Auflösung Jugoslawiens und der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg Ende der 1990er Jahre selbstbewusst vorgeführt.“

Zu diesem Kapitel der Staatsräson und ihres Selbstbilds gehören schlussendlich auch die „Willkommenskultur“ samt der Anhängerschaft, die sie noch findet. Zu ihm zählt die Vorstellung, Deutschland sei höheren Werten verpflichtet als den bloß nationalen, es beherberge ein „Volk der guten Nachbarn“ (Willy Brandt) und pflege anstelle von ‚Nationalismus‘ einen ‚Verfassungspatriotismus‘ (Habermas et al.). Selbst die ‚Ära Merkel‘, ihr Bezug auf Europa und den ‚Multilateralismus‘, repräsentiert noch diese Linie – mit dem kleinen Unterschied, dass die Kanzlerin damit erfolgreich Politik und Deutschland noch größer gemacht hat, während die Idealisten des Vorgangs darin nationale Selbstbeschränkung und internationale Verantwortlichkeit sehen bzw. einfordern.

Spiegelbildlich dazu stößt neben den Rechtspopulisten inzwischen auch etablierteren Teilen der Parteienlandschaft und Öffentlichkeit auf, dass diese *relativierte* Form des Nationalismus überwunden werden muss. Die ideologische Relativierung des Vaterlandes, die unzufriedene Patrioten schnell für seine praktische Schwächung halten, ist für sich ein Widerspruch zum Höchstwert Nation und war schon immer ein Stachel für rechte Gruppierungen, die damit politisch aber nicht weit kamen. Sie ist auch der Grund, warum die AfD der „Vogelschiss“-Theorie ihres Vorsitzenden⁶⁷ so zugänglich ist, mit der dieser die NS-Zeit bekleckert, um das nationale Selbstbild sauber zu halten. Hierin gehört ebenso die Frontstellung, in der sich ein führender Christsozialer zu „*einer linken Meinungsvorherrschaft*“ wähnt, die „*seit 1968 versuch[t], den Patriotismus als etwas Böses zu diffamieren*“⁶⁸. „*America first*“ und die damit

67 Alexander Gauland beim Kongress der „Jungen Alternative“ am 2.6.18: „*Ja, wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die zwölf Jahre. Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte. Und die großen Gestalten der Vergangenheit von Karl dem Großen [...] bis zu Bismarck sind der Maßstab, an dem wir unser Handeln ausrichten müssen.*“ (afdbundestag.de)

68 Alexander Dobrindt, csu-landesgruppe.de 4.1.18

verbundene Auflösung der überkommenen und geschätzten „regelbasierten Weltordnung“⁶⁹ sowie die Krise der EU sorgen in der politischen Klasse und beim Volk der Merkel-Ära, die sich ja noch abspielt, derzeit für Unruhe und Übergänge. Auch in der gesellschaftlichen Mitte wachsen Bereitschaft und Bedarf, *Deutschland zuerst* und einen unbedingten Nationalismus zu fordern. Zweifel, ob der deutsche Erfolg in überkommener Weise fortzusetzen ist, sind ein Auftakt dazu, einem nationalen Egoismus das Wort zu reden, den die europäischen Haushaltsnöte wegen der deutschen Exportüberschüsse, die Verarmung der griechischen Bevölkerung oder die Flüchtlinge aus Afrika und im Mittelmeer nicht beirren. Dass Italien und andere die Seenotrettung kriminalisieren, scheint deutschen Verantwortungsträgern oben und unten, auch im Wissen um die menschlichen Folgen, nicht unrecht zu sein. Die „Willkommenskultur“ hat fertig.



69 „Die Globalisierung, wie wir sie kennen, geht zu Ende. Und das heißt auch: Die Fundamente des deutschen Geschäftsmodells bröckeln. [...] Zwischen Amerika und seinen bisherigen Partnern findet eine aggressive Entfremdung statt. [...] Die Amerikaner verabschieden sich aus der - einst von ihnen selbst geschaffenen - internationalen Weltordnung. [...] Abkommen werden gebrochen, internationale Institutionen ignoriert oder unterlaufen. Ein verlässliches, regelbasiertes internationales System lässt sich so nicht bauen. [...] Noch wächst die Wirtschaft. Noch sprudeln die Steuereinnahmen. Noch ist das Jobwunder nicht zu Ende. Aber ...“ (managermagazin.de 12.5.18) Den Jeremiaden wegen der schönen alten „regelbasierten Ordnung“ ist aber entgegenzuhalten, dass diese den USA offenbar genau die Mittel und Waffen eingetragen hat, die Trump jetzt zum Einsatz bringt.

****Über den Autor**

Georg Schuster (G.S.) ist ein Pseudonym. Er ging im Jahr 2000, nach über 20 Jahren Hauptschuldienst in Bayern, an eine große deutsche Auslandsschule, von der er im Sommer 2016 nach Deutschland zurückkehrte, um sein Berufsleben als Lehrkraft zu beenden. Er schreibt regelmäßig für das Magazin Auswege.

Kontakt:

antwort.auswege@gmail.com

• [Hier geht es zu weiteren Beiträgen von Georg Schuster](#)